

P o l i t i k III/5
=====

Hannover, 12. Januar 1948

Frankreichs Deutschland-Politik
=====

R.B. Voreilige Beobachter sahen nach dem Misserfolg der Londoner Konferenz die Trizone bereits in naher Sicht, umso mehr, als Bidault in den Auseinandersetzungen Marshall-Molotow weitgehend den amerikanischen Standpunkt gestützt hatte. Der Einschluss der französischen Zone sei, so wurde an manchen Stellen angenommen, nur noch eine Frage der Zeit. Statt dessen hat nun Frankreich in London und Washington gegen die Beschlüsse von Frankfurt offiziell protestiert. Dieser Schritt kann in Deutschland nur mit Bedauern registriert werden, weil Frankreich damit auf dem besten Wege ist, wieder jene Kräfte zu wecken, die schon einmal verstanden haben, aus der Haltung Frankreichs nationalistisches Kapital zu münzen und den absurden Gedanken des Erbfeindes in vielen deutschen Gehirnen wieder zu einer vernünftigen Idee werden zu lassen.

Sowohl die französische Presse als auch, mit wenigen Ausnahmen, die führenden Staatsmänner haben bisher wenig Verständnis für Deutschland gezeigt. Vor der Moskauer Konferenz protestierte General Koenig gegen den Vorschlag, die deutschen Parteien zu Besprechungen über eine deutsche Zentralregierung einzuberufen. Der General bezeichnete damals die Zusammenarbeit auf nationaler Basis als ungesetzlich. Bidault trat im April 1947 für die Unterstützung der territorialen Forderungen Belgiens, der Tschechoslowakei, Luxemburgs und der Niederlande ein. Die Oder-Neisse-Linie war Frankreich bereit zu bestätigen, wenn Molotow seinerseits sich mit der Anerkennung der französischen Saarpolitik revanchiert hätte. Unablässig weisen Frankreichs Politiker auf die gemachten Erfahrungen und möglichen Revanchegefühle hin, um das kleinste deutsche Industriepotential, eine rigorose Beschränkung der Stahlproduktion, die Abtrennung des Rheinlandes, die Internationalisierung der Ruhr und die Vermeidung jeglicher Zentralinstanzen zu verlangen. Auf allen Konferenzen waren Frankreichs Beauftragte gegen die Einsetzung einer deutschen Regierung und für die radikalste Föderalisierung Deutschlands. Obwohl Frankreich infolge der Streiks und der amtlich bestätigten zunehmenden Arbeitsunlust seiner Bevölkerung zu grossen wirtschaftlichen Leistungen in absehbarer Zeit kaum fähig sein wird, hatte es eine eigene Stahlproduktion von 13 Mill. t angekündigt, um eine deutsche Stahlquote von nur 7,5 Mill. t durchzudrücken. Ebenso erwartete man von französischer Seite, Amerika werde die Westzonen

1942 10.1.40
nicht in den Marshall-Plan einbeziehen oder zumindest Frankreich erst völlig gesunden lassen, ohne zu bedenken, wie sehr zum Aufbau Europas das eine vom anderen abhängt.

In dem vorgeblich nur wirtschaftlich angeschlossenen Saargebiet rekrutierte Frankreich Freiwilligenbattalione, die der französischen Armee eingegliedert wurden, und dem deutschen Verwaltungschef unter sagte man, an der Münchener Ministerpräsidenten-Konferenz teilzunehmen. Die Politik in der französischen Besatzungszone zeichnet sich durch Zensurverbote und untragbare Demontagen aus. Die Bevölkerung hat die unregelmässigsten Nahrungsmittelanteile und den grössten Holzeinschlag Deutschlands muss sie resigniert zusehen.

Dies alles sind keine Zeichen der einst gewonnenen Erkenntnis, es sei falsch, die Fehler von 1919 und den Jahren danach zu wiederholen. So verständnisvoll für eine internationale Zusammenarbeit Frankreichs Staatsmänner sich immer zeigen, so destruktiv sind ihre Ideen gegenüber Deutschland.

Man weiss hier wohl zu unterscheiden zwischen dem berechtigten Sicherheitsverlangen und den heutigen französischen Zielen. Jedermann weiss aber auch, dass die Entwicklung in Deutschland zwischen 1919 und 1933 hätte anders werden können, wenn die Franzosen eine entsprechende Haltung eingenommen hätten. Heute hat die überwiegende Zahl der Deutschen noch das Vertrauen auf eine französische Einsicht, weil Frankreich, aus höherer Werte als dem nationalen Kirchturm betrachtet, gewissermassen mit Deutschland in einem Boot sitzt und die Wahl hat, entweder dem russischen Druck zu erliegen oder gemeinsam mit den Marshall-Plan-Staaten die Grenzen der Moskauer Nachtpolitik abzustecken. Frankreich ist eine Westmacht, die konsequente Fortsetzung seiner jetzigen Politik könnte es eines Tages vor der Tatsache stehen, sich zwischen zwei Stühle gesetzt zu haben.

Wortlaut der Schumacher-Erklärung vor der BBC

Zu einem Interview nahm Kurt Schumacher unmittelbar nach Beendigung der Ausschuss-Sitzung der Internationalen Sozialistenkonferenz in London vor dem Mikrophon der BBC Stellung. "Es ist", so sagte er, "seit 15 Jahren zum erstenmal, dass die Sozialdemokratische Partei wieder als gleichberechtigtes Mitglied einer internationalen sozialistischen Arbeitsgemeinschaft teilnahm. Das ist für die SPD von ausserordentlicher Bedeutung und wird ohne Zweifel auch Auswirkungen auf die internationale Politik haben."

erste

Über seine Reise nach den USA befragt, erklärte der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands: "In Amerika hat man in zunehmendem Masse Interesse an den europäischen und deutschen Problemen. Es war meine Aufgabe, darauf hinzuweisen, dass man sich keinem Optimismus bezüglich der Ernährungslage Europas und Deutschlands hingeben dürfe, dass man mit der Politik der Demontage Schluss machen müsse und dass die europäischen Völker nach ihrem eigenen Ermessen und ihrem eigenen Willen ihre wirtschaftspolitische Form bestimmen

~~.....~~
miesch; das heisst also praktisch Kampf für die Sozialisierung und Kampf für eine Rechtsordnung auch in den Ländern, die besetzt sind.

Dr. Schumacher beschäftigte sich dann mit der Erweiterung des Frankfurter Wirtschaftsrates. "Seit 30 Monaten sehen wir, wie die Teilung Deutschlands vom Osten her vorbereitet wird. Wenn man jetzt im Westen zu irgendwelchen Massnahmen greift, so handelt es sich nicht um eine ursprüngliche Aktion, sondern um eine westliche Reaktion auf eine östliche Aktion. Die SPD wird stets für die Einheit Deutschlands kämpfen. Aber sie sieht, dass die Vorgänge in Deutschland, sowohl was die östlichen Angriffe wie die westliche Abwehr betrifft, Vorgänge sind, die machtpolitisch und staatsrechtlich im Verhältnis der Sieger untereinander bestimmt sind. Das deutsche Volk wie die SPD wollen die Einheit und wollen die Belebung des deutschen Westens, um so die deutsche Einheit erkämpfen zu können. Es gehört sehr viel guter Wille und sehr viel Einsicht bei allen Beteiligten dazu, Verständnis der Sieger für die Deutschen und Verständnis der Deutschen für ihre eigenen Landesleute und ihre Nöte. Der Frankfurter Wirtschaftsrat, hat seine Möglichkeiten, aber er hat seine Möglichkeiten nicht als eine Staatsgründung, sondern als eine prinzipielle ökonomische Angelegenheit. Er wurde unter der Verantwortung der Sieger gebildet als ein Ausweg aus der Tatsache, dass die Sieger untereinander keine gemeinsame Formel für ihre Deutschlandpolitik haben finden können." (m/B23/PI /2/he)

Eire in Wahlfieber

(Eigenbericht) London, Anfang Januar

Die Wahlperiode des irischen Parlaments läuft eigentlich erst im Jahre 1949 ab. Der Ausgang einiger Ersatzwahlen in der jüngsten Vergangenheit, bei denen die Regierungspartei "Fianna-Feil" durch die neugebildete republikanische Gruppe "Clann na Poblachta" überraschend geschlagen wurde, veranlasste je nach den Ministerpräsidenten de Valera, jetzt schon Neuwahlen auszuschreiben, die auf den 4. Februar festgesetzt wurden.

Der Wahlkampf wird seit Jahresbeginn mit grossem Aufwand geführt. Insgesamt sind rund 400 Kandidaten nominiert worden. "Fianna Feil" ist allein mit 120 Kandidaten in den Wahlkampf gegangen, die frühere Cosgrave-Partei, die sich jetzt "Fine Gael" nennt, benannte 86, die von Sean Mc Bride geführte neue "Clann na Poblachta" 50, die "Labour-Party" und die "Nationale Labour Party" je 50 und die "Bauern-Partei" 21. Dazu kommen noch 17 unabhängige Kandidaten. Die Erfolge der "Clann na Poblachta" werden vor allem auf ihre Forderung zurückgeführt, die Lebenskosten durch noch stärkere staatliche Zuschüsse um 30% herabzusetzen - eine Forderung, die besonders von den breiten Massen unterstützt wird, weil sie am meisten unter dem hohen Preisniveau zu leiden haben. Es ist durchaus möglich, dass die "Clann na Poblachta" auch bei den kommenden Neuwahlen der "Fianna Feil" wenn auch nicht das Wasser abgraben, so doch erheblich zusetzen wird.

Gut unterrichtete Kreise glauben jedoch, dass der Wunsch nach politischer Stabilität am 4. Februar doch wieder de Valera, der nun schon seit 15 Jahren das Ruder in Eire lenkt, die Mehrheit bringen wird. Man befürchtet, dass keine Partei so stark aus dem Wahlkampf hervor-

geht, um allein die Regierung bilden zu können, dass andererseits aber keine Koalition, wie immer auch sie aussehen werde, eine sehr lange Lebensdauer haben würde und dass deshalb in Bälde abermals Neuwahlen ausgeschrieben werden müssten. Die Folge wäre eine erhebliche wirtschaftliche Unsicherheit, die sich für das ganze Land nur nachteilig auswirken könnte. Aus diesem Grunde werden, so nimmt man an, bei den jetzigen Wahlen viele Wähler, die zuletzt der neuen republikanischen "Clann na Poblachta" ihre Stimme gaben, sich doch wieder für de Valera entscheiden, dessen staatsmännischem Geschick es Eire zu verdanken hat, dass es auch aus dem zweiten Weltkrieg herausgehalten wurde. (m/121/1/he)

Vorläufig kein Bündnis Prag - Paris

A.F. Paris, Anfang Januar. - Nach monatelangen Verhandlungen musste der französische Botschafter in Prag anlässlich eines Empfanges der französischen Kolonie erklären, dass der Abschluss eines Bündnisvertrages zwischen den beiden Ländern im Augenblick unmöglich ist, "weil die Aufteilung der Welt in zwei gegnerische Blöcke bereits eine vollendete Tatsache ist."

Frankreich begehrt Kehl

A.F. Paris, Anfang Januar. - Die Handelskammer von Strassburg hat einstimmig die Angliederung des Hafens von Kehl an den von Strassburg gefordert. In der Erklärung wird gesagt, dass die Baukosten des Kehler Hafens zu 68% vom Elsass getragen wurden und dass das Hauptziel dieses Hafens von jeher die Wegleitung der Rheinschiffahrt von Strassburg gewesen sei. Wirtschaftlich habe der Kehler Hafen, der über ausgedehntere Anlagen verfüge als Strassburg, nie eine Daseinsberechtigung besessen. Die Zukunft Strassburgs und die wirtschaftlich-rationelle Ausnützung der gesamten Rheinhafenanlagen könne nur durch eine gemeinsame Verwaltung der Häfen von Strassburg und Kehl gesichert werden.

Die schwedische Gewerkschaftspresse

R.H. Stockholm, Anfang Januar. - In Schweden sind mehr als 1.100.000 Menschen gewerkschaftlich organisiert. Zusammen mit den Familienangehörigen ergibt das bei einer Gesamtbevölkerung von etwa 6,76 Mill. Menschen, dass beinahe die Hälfte der Bevölkerung gewerkschaftlich erfasst ist. Die Gewerkschaftspresse erreicht eine Gesamtauflage von 1.172.000 Exemplaren. Sie setzt sich zusammen aus:

5 Wochenblättern mit einer Auflage von zusammen 345.000, 3 Halbmonatschriften mit einer Auflage von insgesamt 105.000, 24 Monatsblättern mit 654.000 Auflage und 9 Blättern, die in einer Auflage von zusammen 68.000 Exemplaren sechs- bis zehnmal im Jahre erscheinen.

Die sozialdemokratische Parteipresse hat derzeit eine Tagesauflage von insgesamt etwa 500.000 Exemplaren. Die bedeutendsten Parteizeitungen sind "Morgen-Tidningen" mit der Abendzeitung "Aften-Tidningen" in Stockholm, "Arbetet" in Malmö und "Ny Tid" in Göteborg. (b/A27a/3112/1/he)

Unwiderlegbare Zeugen

Peter de Mendelssohn: "Die Nürnberger Dokumente",
(Wolfgang Krüger Verlag, Hamburg).

Auf dem Heldenplatz in ^{Wien} steht das Denkmal Prinz Eugens, des grössten Feldherrn der Habsburger Monarchie. Als Anfang Februar 1943 im deutschen Volk die Katastrophe von Stalingrad bekannt wurde, fanden frühe Passanten eines Morgens auf dem Sockel des Denkmals mit Kreide die Worte geschrieben: "Steig herunter, edler Reiter, der Gefreite kann nimmer weiter".

Kein Fachmann konnte ein vernichtenderes Urteil über den Straflagen Hitler fällen, als es mit diesen einfachen Worten der Wiener Volkswitz tat, zu einer Zeit, als das vielzitierte "Kleinere Mann" kein anderes Mittel zur Meinungsbildung zur Verfügung stand als die Goebbels-Propaganda. Diese Lücke ist nun mit den "Nürnberger Dokumenten" gefüllt. Aus den in Unmengen erbeuteten oder aufgefundenen deutschen Dokumenten hat Peter de Mendelssohn die "Studien zur deutschen Kriegspolitik 1937-45" - so lautet der Untertitel des Buches - zusammengestellt.

Flensburg, Weichenheim und Berchtesgaden waren die Hauptfundorte der deutschen Staatsarchive. Nicht immer ist es dem Verfasser - durch fremde Schuld - gelungen, die Dokumente vollständig zu veröffentlichen, aber was hier mit grossem Fleiss und wissenschaftlicher Genauigkeit zusammengetragen, ausgewählt und sinnvoll aneinandergereiht wurde, gleicht einem atemberaubenden Film des deutschen Schicksals der vergangenen zwölf Jahre, wie ihn die Phantasie des genialsten Regisseurs nicht herstellen könnte. Wie Hitler den Krieg leichtsinnig und verbrecherisch vom Zaune brach, wie der Krieg Hitler auf ungeahnte Höhen hob, wie die Geister, die er rief, sich seiner Hand entwarfen und der Krieg bald eigenen Gesetzen folgte, die Hitler mit Terror, Rechtsbruch, Vergewaltigung und Hekatomben von Leichen vergeblich korrigieren wollte, wie der Generalstab, einst eine anerkannte Grösse im deutschen Staatsleben, vor dem Gefreiten die Hand an die Hosennaht legte und mit ihm in die Katastrophe schiederte und wie - in dem Buch unausgesprochen - niemand aufstand, der dem deutschen Volk die letzten Folgen dieses grausigen Geschehens erspart hätte - dies alles wird mit deutschen Dokumenten offenbart, die Unterschriften von Hitler, Keitel, Jodl, Ribbentrop, Göring usw. tragen.

Peter de Mendelssohn hat die Dokumente nach besonderen Gesichtspunkten gegliedert und mit sparsamen Kommentaren verbunden, meist nur erläuternden Inhalts, selten die Rolle des objektiven Beobachters verlassen und das eine oder andere Dokument in seinem wahren Gehalt beleuchtet. Der eigenen Urteilsbildung des Lesers ist damit genügend Spielraum gelassen und das ist gut so, denn das Buch ist berufen, die in manchen Schichten heute noch verbreitete Legende von den wohl vorhandenen strategischen Fähigkeiten Hitlers, aber der Sabotage so mancher Generale zu zerstören.

Gleiches Recht für unsere Kriegsgefangenen in Ägypten!

Die Kriegsgefangenenhilfe der SPD teilt mit:

Mit Freude hat die Sozialdemokratische Partei Deutschlands von der Mitteilung der englischen Regierung Kenntnis genommen, dass alle Kriegsgefangenen in England bis zum August 1948 entlassen sein werden. Die vorgebrachten Zahlen berechtigen zu der Hoffnung, dass die Heimführung des letzten deutschen Kriegsgefangenen zum angegebenen Termin erfolgen kann.

Diese Mitteilung muss in den Kriegsgefangenenlagern Ägyptens neue Enttäuschung hervorrufen. Bereits seit dem September 1947 wurden die Repatriierungen auf 1000 Mann monatlich beschränkt mit dem Hinweis, dass eine über den alten Stand (5000 Mann) hinausgehende Entlassungszahl ab Januar 1948 vorgesehen sei. Eine solche Bekanntmachung erfolgte bisher nicht.

Wir dürfen nicht vergessen, dass die Kriegsgefangenen in Ägypten sehr oft in der Frage der Entlassung zurückgesetzt wurden. Die Heimführung begann verspätet, nachdem bereits die Repatriierung aus England im Fluss war, die ersten Transporte mussten wegen Transportraumschwierigkeiten niedrig gehalten werden, die Ereignisse im Mittleren Osten brachten grössere Aussetzungsperioden mit sich. Andererseits bedeutet das heisse, für Mitteleuropäer weniger erträgliche Klima für jeden Kriegsgefangenen eine doppelte körperliche Belastung. Die für die Kriegsgefangenen in England vorgesehenen Erleichterungen (Besitzung des Stachelstrahes, Besuch bei englischen Familien, Ausreisenerlaubnis, Versand von Paketen an Angehörige usw.) mussten in ägyptischen Lagern durch die besonderen Umstände eines andersgerichteten Landes und seiner Bewohner wegfallen.

Das Kriegsgefangenenchicksal in Ägypten hat von seiner Härte in den Tagen nach der Kapitulation nur einiges verloren. Die Kriegsgefangenenhilfe der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands bittet die Regierung des Vereinigten Königreiches Grossbritannien, die angeführten besonderen Umstände der Lage der Kriegsgefangenen in Ägypten als berechtigten Grund für eine stärkere Heimführung gelten zu lassen. Schon jetzt kann nicht von einer endgültigen Heimführung bis zum Sommer 1948 gesprochen werden. Die Sozialdemokratische Partei spricht ihre Bitte aus, die Entlassung der Kriegsgefangenen in Ägypten unter der Beachtung des menschlichen Rechts und der Gefährdung der demokratischen Erziehung ebenso schnell wie in England zu beenden.

Verantwortlich: Peter Baunau
